**Bezugspreis:** Halbmonatl. in Neuenbürg 75 Goldpfg. Durch die Post im Orts- u. Oberamtsverkehr, sowie im sonst. inl. Verk. 75 G.-Pf. m. Postbestellgeb. Preise freibleib., Nacherhebung vorbehalten. Preis einer Nummer 10 Goldpfg.

In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Austrägerinnen jederzeit entgegen.

Gira-Konto Nr. 24 O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

# Der Enztäler.

## Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

## Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

**Anzeigenpreis:** Die einsp. Petitzeile oder deren Raum im Bezirk 15, außerh. 20 Goldpfg., Rekl.-Zeile 50 Goldpfg. m. Inf.-Steuer. Kollekt.-Anzeigen 100% Zuschlag. Offerte und Auskunfterteilung 20 Goldpfg. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifveränderungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft. Fernsprecher Nr. 4. Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

**№ 148** | Neuenbürg, Donnerstag, den 26. Juni 1924. | 82. Jahrgang.

## Deutschlands Kreditansprüche im Ausland.

Eine Zeitlang hat das Ausland — namentlich England und Holland — mit Angeboten von Krediten an Deutschland nicht zurückgehalten. Das hat sich aber in letzter Zeit merklich geändert. Zu dieser Zurückhaltung haben vor allem die vielen Bankzusammenbrüche und die wirtschaftlichen Krisen in unserer Industrie überhaupt beigetragen. Im Ausland beurteilt man immer skeptischer die Entwicklung der finanziellen und wirtschaftlichen Lage in Deutschland, und man vermutet, wahrscheinlich auch mit Recht, daß sie sich weiter verschärfen und zu weiteren Zusammenbrüchen führen wird, zumal ein wesentliches Hilfsmittel — Steigerung der Ausfuhr — in Wegfall gekommen ist. Dazu kommt, daß im Ausland dem Ansehen des deutschen Kaufmanns die Neigung, sich unter Geschäftsaufsicht zu stellen, sehr geschadet hat. Man sieht in diesem Vorgehen eine Art Privatmoratorium, das sich der Schuldner selbst großzügig gewährt.

Auf der kürzlich stattgefundenen Tagung des Hansabundes in Hamburg äußerte sich Reichsbankpräsident Dr. Schacht u. a. über diese Frage: Mit dem Wort Auslandskredit wird in manchen Kreisen großer Unfug getrieben. Es ist eine große Bereitschaft, uns Auslandskredite zu geben, aber die Zahl der soliden Geschäftsleute, die Auslandskredit nehmen können, ist sehr gering, ebenso die Zahl derer, die in Auslandsvaluta zurückzahlen können. Kurzfristige Kredite, so meinte Dr. Schacht, seien genug zur Verfügung gestellt, während langfristige erst dann zu erhalten seien, wenn einmal auf Grund des Sachverständigengutachtens die Stabilität der deutschen Wirtschaft gesichert erscheine. Es scheint so, als ob man im Ausland zunächst die allgemeine Regelung der Reparationsfrage abwarten will, bevor man zur stärkeren Gewährung von Auslandskrediten übergeht, die jetzt schon — allein von England aus — den Betrag von 1 Goldmilliarde erreicht haben sollen, ein Betrag, von dem man nicht weiß, ob er im Falle der Kündigung auch zurückgezahlt werden kann, obwohl man im Ausland noch immer der Meinung ist — und das ist im allgemeinen auch richtig —, daß der deutsche Kaufmann ein ehrbarer Kaufmann ist, der nicht gewohnt ist, Schulden zu machen, die er nachher nicht zurückzahlen kann.

Die Neue Züricher Zeitung vom 17. Juni unterstreicht die Richtigkeit von Dr. Schachts Ausführungen und weist in diesem Zusammenhang auf die Kreditgesuche deutscher Agenten und Privaten im Inseratenteil schweizerischer Tageszeitungen hin, die in letzter Zeit, infolge der sich in Deutschland immer mehr verschärfenden Kapitalnot, geradezu groteske Formen annehmen, so z. B. wenn eine einzige Duisburger Bankfirma 150 Millionen Schweizer Franken haben will, was ungefähr der vollen Höhe der letzten Dollaranleihe der ganzen Eidgenossenschaft gleichkommt! Ist es da verwunderlich, wenn das Ansehen selbst der besten und ernstesten deutschen Firmen geschädigt und ihnen im Ausland mit Mißtrauen begegnet wird; dabei wollen wir ganz absehen von der absichtlichen Verschleierung und Undurchsichtigkeit der Bilanzführung vieler unserer Gesellschaften, die dem Außenstehenden jede genaue Orientierung unmöglich machen.

Es wäre dringend zu wünschen, daß sich der Weltmarkt der deutschen Produktion in stärkerem Maße als bisher öffnen und daß die Bereitwilligkeit zur Gewährung von langfristigen Anleihen — darauf kommt es in erster Linie an — im Ausland wieder zunehmen würde. Ohne größere Auslandskredite kann die deutsche Wirtschaft nicht existieren. Selbstverständlich ist darüber auch die Kapitalneubildung im eigenen Land (Einlagen bei den Sparkassen, Banken usw.) nicht zu vernachlässigen.

## Deutschland.

**Berlin**, 25. Juni. Die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verbände veranstaltet am 29. Juni Kundgebungen gegen die Kriegsschuldlüge, bei der Redner aller bürgerlichen Parteien sprechen werden. — In Berlin fanden gestern eine Anzahl Gedenkfeiern für Walter Rathenau statt.

### Zur Aufhebung der Ortssteuerämter.

Aus dem Lande wird geschrieben: Durch die Zeitungen ging die Nachricht, daß in etwa 30 größeren Gemeinden Württembergs eine alte bewährte schwäbische Einrichtung durch einen Federstrich des Reichsfinanzministeriums beseitigt werden soll: die dort noch bestehenden Ortssteuerämter. Diese sind meist mit alten erfahrenen, mit den Einwohnern und ihren Verhältnissen gründlich vertrauten Beamten besetzt. Für sie bedeutet die Aenderung wohl in den meisten Fällen eine Erleichterung; denn sie erhalten bei den Finanzämtern, denen sie zugewiesen werden, sicher eine leichtere Stelle als ihre seitherige, da sie auf dieser Stelle alle anfallenden Arbeiten allein bewältigen mußten. Aber für die betreffenden Gemeinden ist die geplante Aufhebung ein schwerer Nachteil. Man weiß, wie schwer der Weingärtner, der Landwirt, der kleine Gewerbetreibende usw. an schriftliche Aufstellung von Steuersachen herangeht. Die Ortssteuerbeamten sind ihren Mitbürgern jederzeit auf entgegenkommendste Weise an die Hand gegangen, und auch die Finanzämter kamen dabei nicht schlecht weg. Nun sollen die Einwohner der betreffenden Gemeinden bei allen Anständen sowie bei Bezahlung ihrer Steuern zum nächsten Finanzamt, wo sie vielleicht nach stundenlangem Warten erst nichts ausrichten und wobei ihnen eine Menge Zeit und Geld verloren geht. Man könnte die Aufhebung der Stellen noch verstehen, wenn damit Ersparnisse erzielt würden. Dies ist jedoch keineswegs der Fall, eher das Gegenteil. Soll doch ein höherer Beamter erklärt haben, die Steuerämter würden aufgehoben, auch wenn Mehrkosten entstehen! Man zweifelt am gesunden Menschenverstand, wenn man so etwas hört. In den betroffenen Gemeinden ist daher die Erregung über diese rigorose Maßregel allgemein. Wie man hört, wird gegen die Aufhebung von den beteiligten Gemeinden schärfster Protest eingelegt. Wir richten an unsere Regierung die dringende Bitte, alles zu tun, um die geplante Aufhebung zu verhindern.

### Möglichkeiten der Steuerstundung.

Die oft verzweifelte Lage, in der sich gegenwärtig die Handelsbetriebe gegenüber den steuerlichen Anforderungen befinden, hat dem Zentralverband des deutschen Großhandels veranlaßt, beim Reichsfinanzministerium im Sinne einer Erweiterung der Stundungsmöglichkeiten für die Finanzämter vorstellig zu werden. Der Reichsfinanzminister hat nunmehr unter dem 6. Juni d. Js. einen Erlaß an die Landesfinanzämter gerichtet, in dem zu diesem Antrag folgendermaßen Stellung genommen wird:

Die Finanzlage sei noch immer so, daß Reich, Länder und Gemeinden auf regelmäßig fließende Steuereinnahmen angewiesen seien, wenn nicht die öffentliche Wirtschaft und die Währung ebenfalls in Gefahr gebracht werden soll. Der schweren Belastung, die in der gegenwärtigen Aufbringung der Steuern liegt, müßten sich alle Berufsstände unterziehen. In dem Erlaß wird alsdann wörtlich wie folgt fortgefahren: „Diesem Grundgedanken, an dem unbedingt festgehalten werden muß, steht nicht entgegen, daß im einzelnen Falle auf Antrag teilweise oder vollständige Stundung der Steuern auf einen beschränkten Zeitraum gewährt wird — dann nämlich, wenn glaubhaft gemacht wird, daß Mittel nicht flüssig gemacht werden können, und wenn die Veräußerung von Betriebsmitteln entweder die Aufrechterhaltung des Betriebes gefährden würde oder nur zu Preisen erfolgen könnte, die so außerordentlich tief liegen, daß dem Steuerpflichtigen damit ein weit über die bezweckte Steuerbelastung hinausgehendes Opfer auferlegt würde. Hier liegt auch die Grenze für Pfändung. Es kann keine Rede davon sein, daß Pfändungen allgemein unterbleiben sollen, denn schon im Interesse derjenigen, die — wenn auch unter Opfern — ihre Steuern pünktlich zahlen, muß für eine möglichst gleichmäßige Einbringung der Steuern gesorgt werden. Bevor eine Pfändung erfolgt, muß aber gewissenhaft geprüft werden, ob eine der oben gemachten Voraussetzungen — Gefährdung der Aufrechterhaltung des Betriebs oder Veräußerbarkeit von Betriebsmitteln nur zu Preisen, die dem Steuerpflichtigen billigerweise nicht zugemutet werden können — vorliegt. Erst wenn festgestellt wird, daß diese Voraussetzungen nicht bestehen, darf zur Pfändung geschritten werden. Verschiedene Blätter haben die Nachricht gebracht, daß das Reichskabinett eine Steuerreform beabsichtige, um eine Erleichterung der bestehenden Wirtschaftskrise zu schaffen. Es war davon die Rede, daß geplant sei, die Vorauszahlung auf Umsatz- und Einkommensteuer abzuschaffen und besonders die Umsatzsteuer, die eine starke Belastung der Wirtschaft darstelle, zu reformieren. An allen diesen Mitteilungen ist kein wahres Wort.

### Der Fall Kemnitz.

Am Samstag hat in Frankfurt an der Oder ein Wahlkreisvertretertag der Deutschen Volkspartei stattgefunden, an dem auch der Reichsaußenminister Dr. Stresemann teilnahm. Auf der Tagesordnung stand der Fall Kemnitz. Herr von Kemnitz war auf Einladung zu dieser Tagung erschienen, um sich wegen seines Uebertritts zu den Deutschnationalen zu rechtfertigen und klarzustellen, ob er der Forderung der Vertretertagung, sein Mandat niederzulegen, nachkommen werde. Herr von Kemnitz legte in etwa zweistündiger Rede seinen Standpunkt klar, erklärte nach Aufforderung des Vertretertages, er werde auf sein Mandat nicht verzichten, da ihm das formelle Recht die Beibehaltung des Mandates gestatte. Wahrscheinlich wird sich der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei, der am 6. Juli in Frankfurt am Main zusammentritt, noch einmal mit dieser Angelegenheit beschäftigen.

### Die Krise im Berliner Stadtparlament.

In Groß-Berlin ist der Abbau der Untermagistratsbeamten und Angestellten mit großer Beschleunigung durchgeführt worden. Der Abbau der Stadträte ist durch die Obstruktion der Sozialdemokraten, die keines von den Häuptern ihrer Lieben missen möchten, vorläufig unmöglich geworden. Vor dem Sommer wird ein Beschluß der Stadtverordnetenversammlung in dieser Angelegenheit nicht mehr zustande kommen. Auch die gestrige Sitzung hat die Linke im Rathaus auffliegen lassen. In Kreisen der bürgerlichen Fraktionen beabsichtigt man deshalb ein Gesuch zum Oberpräsidenten zu schicken und die Auflösung des arbeitsunfähigen Hauses zu verlangen.

## Ausland.

**Paris**, 25. Juni. Ab 1. Juli wird der Brotpreis in Frankreich auf 1,25 Franken erhöht.

### Noch ein weiter Weg zur Verständigung Brüssel—Paris.

**Paris**, 24. Juni. Ueber die Besprechungen Herriots und den belgischen Ministern werden noch eine Reihe Einzelheiten berichtet. Daraus geht klar hervor, daß, im Gegensatz zu dem im ganzen sehr dehnbaren und nichtssagenden amtlichen Communiqué, die Ansichten Belgiens und Frankreichs über die einzelnen zur Debatte stehenden Punkte noch sehr weit auseinandergehen, so daß der Weg zur Einigung noch recht weit sein dürfte. Die Aussprache Herriots mit Theunis und Hymans betraf folgende Punkte: 1. Die Kommerzialisierung der Eisenbahnobligationen und der industriellen Schuldverschreibungen im Gesamtwert von 16 Milliarden Goldmark; 2. die Durchführungsbestimmungen der Ruhrräumung; 3. die Kontrolle der linksrheinischen Bahnen; 4. die belgische Priorität bei der Verteilung der Reparationssumme; 5. die Verteilung der deutschen Sachleistungen. Was die genannten fünf Punkte betrifft, die sich direkt auf den Dawesplan beziehen, so muß gesagt werden, daß von einer französisch-belgischen Verständigung nicht die Rede sein kann. Herriot beantragt, daß die Kommerzialisierung der 16 Milliarden durch Vermittlung Englands geschehen soll. Theunis empfiehlt die Errichtung eines Greminms, in dem sämtliche Gläubiger Deutschlands vertreten sein sollten. Durch dieses Gremium soll die Kommerzialisierung der deutschen Schuldverschreibungen vorgenommen werden. Herriots Garantieforderungen genügen Theunis nicht. Die belgische Regierung ist bereit, das Ruhrpfand gegen Sicherheiten einzutauschen, aber es warnt vor übereilter Räumung. Theunis versucht, die Räumung innerhalb 12 Monaten von der Durchführung des Expertenplans an zu staffeln. Ein Aufsichtsrecht über zwei in der belgischen Besatzungszone befindliche Eisenbahnlinien wurde von Theunis beansprucht. Die prozentuale Verteilung wünscht Theunis abzuschaffen und an deren Stelle einen Index zu setzen, der sich nach den jeweiligen Budgetbedürfnissen Belgiens richtet. Das Interesse an deutschen Sachleistungen ist auf belgischer Seite gering, so daß man über diesen Punkt vielleicht erst im Zusammenhang mit der Verbesserung der französisch-belgischen Handelsbeziehungen wird sprechen können. Herriot überbrachte schließlich Macdonalds Vorschläge betreffs gewisser, vorläufig noch streng geheimgehaltener Zugeständnisse, die man Deutschland als Aequivalent für die Annahme der mit den Bestimmungen des Versailler Vertrags nicht in Einklang befindlichen Vorschriften des Dawesplans machen will. Theunis wird seine Antwort in einigen Tagen erteilen. Mit der Einladung deutscher Regierungsmitglieder zur Londoner Konferenz erklärte sich das belgische Kabinett einverstanden.

### Herriots Rückkehr nach Paris.

**Paris**, 25. Juni. Der Ministerpräsident Herriot ist Dienstag abend auf dem Nordbahnhof aus Brüssel kommend eingetroffen. Eine große Menschenmenge war auf dem Bahnhof versammelt. Sämtliche Minister und zahlreiche politische Freunde erwarteten den Zug auf dem Bahnsteig. Beim Aussteigen wurde Herriot von den zahlreichen anwesenden Journalisten um Mitteilungen bestürmt. Er versuchte, sich ihren dringenden Bitten zu entziehen und erklärte schließlich: „Ich habe es den Belgiern überlassen, den Text des Communiqués über unsere Besprechungen selbst festzusetzen. Ich kann nur hinzufügen, daß ich von der Aufnahme, die ich in Brüssel gefunden habe, sehr befriedigt bin.“ Gegner und Freunde Herriots erklären, daß Herriot einen schweren Weg beschritten habe und daß er wochen- oder monatelang zwischen der Möglichkeit des Sieges oder einer vernichtenden Niederlage balanzieren wird. Herriots Stellung ist vorläufig durchaus nicht unerschütterlich und ihre Schwächen sind vor allen Dingen in den innerpolitischen Problemen zu finden. Die Gegensätze auf diesem Gebiet sind so stark, daß schon die gegenwärtige Tagung der Kammer und des Senats, also die Zeit bis zum 16. Juli, dem Beginn der Londoner Konferenz, für ihn mehr dornenvoll sein wird. Jede der drei großen innerpolitischen Vorlagen, wie der Plan des Koalitionsrechts der Staatsbeamten, der Trennung von Staat und Kirche und auch das Amnestiegesetz hat Gegner, deren zweifellos erhebliche Zahl sich mit Sicherheit vielleicht erst bei den Abstimmungen ergeben wird.

### Ein Vorstoß Poincares.

**Paris**, 25. Juni. Journalisten ersuchten Poincare, seine Meinung über Herriots bisherige Leistungen abzugeben. Der frühere Ministerpräsident drückte sein Erstaunen darüber aus, daß der moralische Pakt von Chequers zwischen zwei Personen, und nicht, wie es üblich ist, zwischen zwei Regierungen beschlossen wurde. Ebenso wundert Poincare sich über die Entwaffnungsnote, nachdem bereits die Botschafterkonferenz in dieser Angelegenheit das nötige veranlaßt hatte. Poincare befürchtet, daß das ganze diplomatische Gebäude, das er errichtet habe, von Herriot demoliert würde. In der nationalistischen Presse markiert man starke Entrüstung über die angebliche Sabotage der streng juristischen Bearbeitung aller mit England zu regelnden Fragen. Ein Blatt schreibt: „Wenn der Linksblock im November zusammenbrechen wird, so stehen wir vor einer vollkommenen Zertrümmerung der komplizierten diplomatischen Arbeit, welche Poincare geschaffen hat“.

### Mussolinis Verteidigungsrede.

**Rom**, 25. Juni. Die Tribünen des Senats waren gestern bis auf den letzten Platz gefüllt. Mussolini sah ernst und angegriffen aus. Bei seinem Erscheinen und während seiner Rede machte sich keinerlei Beifall bemerkbar. Er las sie vom Blatt ab. Dadurch war seine Stimme nicht so vernehmbar wie sonst. Mussolini nahm in seiner Rede zu der gesamten durch die Ermordung Matteottis geschaffenen politischen Lage des Landes Stellung. Er wiederholte in sehr energischen Wendungen die Verurteilung des Verbrechens, das von den Faszisten zuerst gegeißelt worden sei. Die Schuldigen sollten ohne jede Rücksicht unerbittlich der Bestrafung verfallen. In längeren Ausführungen wandte sich dann Mussolini gegen gewisse Strömungen, die sich in Europa und in Italien gegen den Faszismus und gegen die italienische Regierung gewandt hätten, und beide für das Verbrechen verantwortlich machen wollten. In der Nachkriegszeit hätten alle Länder ihre Krisen und ihre politischen Morde gehabt. Auch handle es sich um keine Frage des Regimes, wie man vorschnell in Italien und anderwärts behauptet habe. Mussolini erwähnte die bereits in Angriff genommene Reorganisierung des Ministeriums des Innern und schilderte sodann die großen Verdienste des Faszismus in allen Zweigen des öffentlichen Lebens. Er erinnerte an die gewaltige Vertrauenskundgebung, die das italienische Volk bei den letzten Wahlen der Regierung Mussolinis gezollt habe, und bezeichnete dann als Grundformel seiner Innenpolitik folgende Punkte: 1. Wiederherstellung der Kammer, ihrer Befugnisse und ihres Prestiges, 2. Regelung der Stellung der Nationalmiliz nach der verfassungsmäßigen Seite, 3. Unterdrückung der Ungesetzmäßigkeit, wie sie noch als Anhängsel zu der faszistischen Partei weiter lebe, Aufruf aller den Begriff des Vaterlandes bejahender Kräfte zur Mitarbeit am Wiederaufbau. Mussolini stellte fest, daß alle seine politischen Kundgebungen seit den Wahlen darauf abzielten, den endgültigen Eintritt des Faszismus in die ver-

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

fassungsmäßige Ordnung zu vollziehen und aus dem Faszismus den Mittelpunkt einer Bewegung zur nationalen Sammlung und Versöhnung zu machen. Im Lande habe sich danach das Gefühl verbreitet, daß eine neue Periode des Friedens und der absoluten Ruhe beginne. Dieses Ergebnis sei durch die tragische Episode Matteotti unterbrochen worden. Aber sein Nachfolger im Ministerium des Innern biete die sichere Gewähr dafür, daß man auf dieser Linie weiterschreiten werde. Mussolini erinnerte sodann an das Scheitern des kommunistischen Versuches zur Inszenierung eines Generalstreiks. Er wandte sich gegen den Gedanken der Auflösung der Kammer und von Neuwahlen, sowie gegen die Auflösung der faszistischen Nationalmiliz. Er erklärte, daß die Regierung auf ihrem Posten bleiben müsse. Seine Politik erstrebe die Wiederherstellung der Achtung vor dem Gesetz, die Befriedigung des Landes und die Reinigung der faszistischen Partei. Mussolini schloß mit einem feierlichen Appell an den Senat, ihn in dieser außerordentlich heiklen Lage zu unterstützen, um das Land vor weiteren mehr oder weniger erheblichen Erschütterungen zu bewahren.

Der Hauptredner der Opposition war der bekannte Besitzer des „Corriere della Sera", Albertini, der unter großer Aufmerksamkeit kurz und mit klarer Stimme gegen das faszistische System sprach. Er führte aus, der Mord an Matteotti sei nur eine Folge der vielen Drohungen und Gewalttaten, durch die Italien seit zwei Jahren heimgesucht werde. Albertini sprach sich auch gegen die faszistische Nationalmiliz aus, die nur eine Parteimiliz sei, aber vom Staat erhalten werden müsse. Er erklärte, daß der Faszismus die Exekutivgewalt und die Justiz durcheinander geworfen habe. Die Wahlen seien in einer Atmosphäre vollzogen worden, die der freien Meinung ein Hindernis gewesen sei. Der Faszismus wolle ewig am Ruder bleiben, dulde keine Freiheit bei Andersdenkenden und erlaube nur das System derjenigen Opposition, die ihm nicht schädlich sei. Der Redner schloß mit einem Hymnus auf die Freiheit. Die Rede, die nur einmal unterbrochen wurde, machte tiefen Eindruck und wurde vom Senat mit Beifall aufgenommen.

## Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

**Neuenbürg**, 24. Juni. (Das Heu als Branderreger.) Alljährlich entstehen zahlreiche, verhängnisvolle Gehöftbrände infolge Selbstentzündung des Heus. Die Gefahr des Selbstentzündens ist umso größer, je mehr Heu in kurzer Zeit auf den Stock kommt oder wenn das Heu in nicht ganz einwandfreiem trockenem Zustand eingebracht werden muß. Nicht selten entzündet sich zwar der Heustock nicht selbst, aber infolge der starken Gärungshitze im Heustock wird das Heu gebräunt oder verkohlt. Dem kann durch zweckmäßige Anlegung des Heustocks, durch Einlagen von Strohbündeln, sowie durch Einstreuen von Viehsalz in stark verregnetes Futter begegnet werden. Allerdings ist der Landwirt auch dann vor der Gefahr allzu starker Erhitzung des Heues nicht gesichert. Ein sicheres Mittel, um die Temperatur des Heustocks zu ermitteln, und ihn unter beständiger Kontrolle zu halten, ist die Anwendung des Heustockthermometers.

**Neuenbürg**, 25. Juni. (Der Siebenschläfertag.) Am 27. Juni blickt der Landmann mit einer gewissen Bangigkeit immer wieder nach dem Himmel. Denn nach einer alten Wetterregel folgt auf einen regnerischen Siebenschläfertag eine 7 wochenlange Regenzeit. Gegen diesen Glauben, der nach überlieferter Meinung auf alter, unumstößlicher Erfahrung beruht und fest eingewurzelt ist, hilft keine Meteorologie, helfen keine Gesetze der Luftströmungen und sonstige durch die Wissenschaft errungenen Kenntnisse. Dennoch ist hervorzuheben, daß nach meteorologischen Aufzeichnungen eine Reihe von Jahren der Regen nach einem verregneten Siebenschläfertag häufig ausgeblieben ist, während in anderen Jahren einem sonnenhellen trockenen Siebenschläfer eine andauernde Regenzeit folgte.

⚹ **Birkenfeld**, 26. Juni. In dem vom hiesigen Sängerbund für das am nächsten Sonntag hier stattfindende 1. Gau-Sängerfest des Enzgausängerbundes herausgegebenen Festbuch mußten einige Abänderungen vorgenommen werden. Der Liederkranz Calmbach rückt wegen seiner Sängerzahl (65), Lied: „Bleib deutsch, du herrlich Land am Rhein" von Arnold, in Klasse 2, höherer Volksgesang vor und singt dort an erster Stelle. Der Liederkranz Enzweihingen, der mit seinem Wertungschor „Sturmbeschwörung" von Dürrmer in die 2. Klasse, höherer Volksgesang, eingereiht war, hat in letzter Stunde den Kunstchor: „Dort liegt die Heimat mir am Rhein" von Attenhofer, gewählt und rückt dementsprechend in Klasse 3, Kunstgesang, vor. Er kommt dort mit seinen 40 Sängern an die zweite Stelle. — Das Festbuch, das überall freudig aufgenommen wird und wegen seiner Billigkeit, 30 Pfennig pro Stück, reißenden Absatz findet, wird bald vergriffen sein.

## Württemberg.

**Stuttgart**, 23. Juni. (Zur Lage des Arbeitsmarkts in Württemberg.) Die rückläufige Bewegung auf dem Arbeitsmarkt hat weiterhin angehalten. Sie äußert sich vor allem darin, daß in fast allen Berufszweigen ein mehr oder weniger großer Teil der Betriebe Kurzarbeit eingeführt hat. Zum ersten Mal seit dem Höchststand der Erwerbslosenziffer Anfang Januar d. Js. zeigt sich die Verschlechterung der Lage nunmehr auch wieder in einem — und zwar gleich recht erheblichen — Ansteigen der Zahl der unterstützten Erwerbslosen. Diese hatte am 1. Juni ihren tiefsten Stand seit Februar 1923 mit 1442 erreicht und ist nunmehr auf 1912 (am 17. Juni) gestiegen. Mit einem weiteren raschen Anwachsen ist auf Grund der zahlreichen Meldungen über beabsichtigte Stillegungen mit Sicherheit zu rechnen. Uebrigens dürfte die Zahl der Arbeitslosen die keine Unterstützung beziehen, ein Vielfaches der Zahl der Unterstützten betragen. Was die einzelnen Berufsgruppen betrifft, so weisen jetzt die in Württemberg am stärksten vertretenen Industrieen, nämlich die Metallindustrie — und zwar hier besonders die Maschinen- und Uhren-, sowie die Schmuckwarenindustrie —, die Leder und Holzindustrie — hier vor allem die Möbelfabriken — eine bedenkliche Verschlechterung auf. Am günstigsten ist die Lage nach wie vor in der Landwirtschaft, die hauptsächlich infolge der Heuernte nach Arbeitskräften sucht, sowie in der Zucker- und Schokoladefabrikation. In der Textilindustrie, in der bis jetzt der Beschäftigungsgrad immer noch gut war, beginnt sich eine ungünstige Entwicklung durch Einführung der Kurzarbeit in einzelnen Flachs- und Baumwollspinnereien anzuzeigen. Das Baugewerbe und die von ihm abhängige Industrie der Steine und Erden scheint sich langsam, aber stetig zu verschlechtern. Die Kreditnot und die verhältnismäßig sehr hohen Kosten des Bauens verhindern, daß vor allem Wohnungen in größerem Umfang erstellt werden. Betriebseinschränkungen in größerer Zahl sind bei den Schuhfabriken zu verzeichnen. Die Lage der kaufmännischen und technischen Berufe ist andauernd ungünstig; bezeichnend ist, daß die von der Hochschule abgehenden Studenten (hauptsächlich Bauingenieure und Chemiker) zurzeit kaum unterkommen können.

**Stuttgart**, 25. Juni. (Inflationsbanken.) Während der Inflationszeit sind allerlei kleine Banken und Bankgeschäfte gegründet worden, die jetzt so nach und nach das wohlverdiente Schicksal ereilt. Vor einiger Zeit hat das Bankgeschäft Erwin Berger seine Zahlungen eingestellt. Dann ereilte die Bankkommandite Fritz Becker ein ähnliches Schicksal. Becker wurde verhaftet. An dem Zusammenbruch dieser Firma sind andere Bankfirmen sowie ein Stuttgarter Fabrikant beteiligt. Im Zusammenhang mit dem Fall Becker ist laut Frankfurter Zeitung das Bankgeschäft Josef Schimak in Schwierigkeiten geraten, so daß sein Fortbestehen fraglich ist. Auch die Kredit- und Handelsbank A.-G. in Stuttgart scheint ihr kurzes Dasein beschließen zu wollen. Die Firma soll ihren Angestellten bereits gekündigt haben und in Liquidation treten.

**Stuttgart**, 25. Juni. (Kein Mord.) Die am vergangenen Sonntag unter verdächtigen Umständen in einem Hause der Möhringerstraße tot aufgefundene 46 Jahre alte Ehefrau eines Scherenschleifers ist, wie die angestellten Ermittlungen ergeben haben, eines natürlichen Todes gestorben.

**Biberach** OA. Heilbronn, 25. Juni. (Das zweite Opfer.) Am Sonntag vormittag ist nun auch der beim Böllerschießen verunglückte Verwaltungskandidat Erwin Bayler seinen Verletzungen erlegen. Der dritte Verletzte Scholl befindet sich auf dem Wege der Besserung.

**Schramberg**, 25. Juni. (Elektrizitätsversorgung.) Der Gemeinderat hat mit dem Bezirksverband Heimbachkraftwerk einen Vertrag über die Elektrizitätsversorgung des nördlichen Markungsteils (einschließlich der elektrischen Beleuchtung der öffentlichen Straßen und Plätze) auf 17 Jahre abgeschlossen.

**Tuttlingen**, 25. Juni. (Kurzarbeit. — Getötet.) In der Mehrzahl der hiesigen Schuhfabriken ist die Kurzarbeit eingeführt worden. Es wird noch 3—4 Tage wöchentlich gearbeitet. Hiervon sind bis jetzt zirka 1000 Arbeiter und Arbeiterinnen betroffen. Auch in der Metallbranche soll von der nächsten Woche ab Kurzarbeit eingeführt werden. — Das 2½ Jahre alte Kind des Gärtlewirts Müller kam in einem unbewachten Augenblick der Antriebswelle einer Pumpe zu nahe, wurde an den Kleidern erfaßt und zu Tode gedrückt.

**Oberlenningen**, 25. Juni. (Absturz.) Einen tragischen Tod erlitt die 22jährige Elisabeth Schüle aus Stuttgart, die in Begleitung ihrer Schwester, einer weiteren Dame und zweier Herren, einen Ausflug auf unsere Alb machte. Die Gesellschaft ließ sich auf der Platte am mittleren Wielandstein zur Rast nieder, um zu frühstücken. Elisabeth Schüle glitt aus und stürzte 30—40 Meter in die Tiefe. In schwerverletztem Zustand wurde die Bedauernswerte unten aufgefunden. Sie ist bald darauf ihren Verletzungen erlegen.

**Ebersbach a. F.**, 25. Juni. (Streit im Rathause.) Hier konnten längere Zeit keine Gemeinderatssitzungen mehr abgehalten werden, weil die Mehrzahl der Gemeinderäte die Teilnahme verweigerte. Diese Gemeinderatsmitglieder stehen auf dem Standpunkt, daß das Gemeinderatsmitglied Schlecht unwürdig sei. Das Oberamt sah sich indessen veranlaßt, die Gemeinderatsmitglieder in einem entsprechenden Erlaß auf ihre Dienstpflicht hinzuweisen. Daraufhin wurde wieder eine Gemeinderatssitzung abgehalten. Mehrere Gemeinderatsmitglieder verlangten jedoch die Aufnahme einer Erklärung ins Protokoll, wonach sie es mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren können, den Gemeinderat Schlecht als würdig seines Amtes zu erkennen. Schlecht hat gegen sich selbst ein Disziplinarverfahren beantragt.

**Ulm**, 24. Juni. (Tödlich verunglückt.) In einer Söflinger Wirtschaft wollte abends ein Mann austreten. Da er sich anscheinend nicht recht auskannte, verwechselte er die Türen und stürzte in den Keller. Es wurde ihm die Hirnschale zerschmettert, so daß er bald verschied.

**Erolzheim** OA. Biberach, 25. Juni. (Unwetterschaden.) Ein Gewitter, begleitet von Sturm und lange anhaltendem Wolkenbruch, verwandelte in einer halben Stunde die Straßen und Gärten in einen See. Dabei ergoß sich das Wasser, das zum reißenden Gebirgsbach geworden war, vom Kapellenberg herunter und bedrohte die an den Berg angebauten sog. Berghäusel. Namentlich stark bedroht war das Wohnhaus mit angebauter Scheuer gegen den Berg von Schreinermeister Max Bodenmiller durch teilweisen Bergrutsch und herabstürzende Wassermassen. Die Feuerwehr wurde alarmiert. Das Vieh mußte in den Stallungen gerettet werden. Der Scheuergiebel hatte dem Bergrutsch und den abstürzenden Wassermassen sowie einem herabstürzenden Baum ziemlich Stand gehalten, zu dem befürchteten Einsturz des Hauses kam es glücklicherweise nicht. Die meist etwas abschüssigen Straßen sind vollkommen aufgewühlt, zerrissen und zeigen teils metertiefe Löcher und Gräben. Der Hauptschaden zeigt sich erst im östlichen Teil des Orts in der Langgasse, die mit anschließenden Gärten vollständig bis zu einem halben Meter unter Wasser steht, ebenfalls auch die Kellerräume. Die Hausbewohner müssen auf Umwegen und auf hochgelegten Bretterstegen aus ihren Häusern. In der Mittelgasse mußte bei Oekonom Josef Schmid das Vieh aus dem Stall geholt werden, da das Wasser bis zu einem halben Meter Höhe den Stall durchfloß.

**Ravensburg**, 25. Juni. (Großes Defizit.) Der Etat der Stadt Ravensburg weist an Einnahmen 809 000 Mark und an Ausgaben 1 270 000 Mark auf, so daß sich ein Abmangel von 461 000 Mark ergibt. Zur Deckung des Defizits wurde beschlossen, die Umlage ab 1. Juli von 12 auf 14 Prozent zu erhöhen. Der weitere Ausfall soll durch indirekte Steuern aus Gas, Wasser und Elektrizität gedeckt werden.

**Altrach** OA. Leutkirch, 25. Juni. (Im Tode vereint.) Sonntag nachmittag starb nach kurzer Krankheit der im 75. Lebensjahr stehende Privatier Xaver Angele; am Montag früh ist ihm seine Ehefrau Maria, geb. Zedelmaier, im Tode nachgefolgt. Sie wurden in ein gemeinsames Grab gebettet.

**Die Aufhebung der Hundesperre.** In manchen Oberämtern ist die Hundesperre wieder aufgehoben worden. Für des Menschen treueste Freunde schlägt die Stunde der Freiheit. In der „Gmünder Zeitung" lesen wir folgendes launige Gedicht:

Schmücket mit Kränzen die rundlichen Leiber,
Springet und tollt in ungehindertem Lauf;
Mit Pathos verkündet der oberamtliche Schreiber:
Ziehet in Frieden! Hundesperre hört auf!

Bellet ein Lied aus dankbarer Kehle;
Endlich vorbei die schreckliche, lieblose Zeit,
Nun wieder atmet die hündische Seele
Ohne Beißkorb, von der Leine befreit.

Jetzt nun kann euch kein Schutzmann mehr wehren
Wenn ihr kläffend ihm zwischen die Beine springt,
Bürschel kann wieder Hexerl in Liebe verehren;
Freiheitlich Leben und Wonne euch winkt.

Dankbarkeit zieret selbst höfischen Hunden:
Zum Oberamt ziehet in eilendem Lauf,
Sendet vom Massenchor, geeinigt im Bunde
Ein dankbares „Wau-Wau" zum Befreier hinauf.

# Der Tanz um das goldene Kalb

24] Von Erica Grupe-Lörcher

(Nachdruck verboten.)

Aber wenn Jyria auf seine Besitzung herauskam — da wollte er zeigen, was ihm eine Freude war! Auf seinem herrlichen Rappen, den er in seinem edlen Temperament gebändigt, vor ihren Augen über Hürden und Gräben jagen. Sie in seinem eleganten Zweisitzer durch den Wald und über seine Felder kreuz und quer fahren — ja, dort auf seiner eigenen Scholle, wo er der Herr, wo er in seinem Element war! —

Fast als die letzten verließen sie den langen Speisesaal, da ihr Tisch am Ende des Raumes gelegen. Er führte sie am Arm. Auch in dieser stummen Bewegung lag eine Art, die ihr auffiel. Es war nicht die konventionelle Weise, einer Dame, die man pflichtgemäß eine Stunde lang über den neuen Heldentenor des Theaters oder eine neue Operette oder dergleichen unterhalten hatte, die man am Arm neben sich herschleifte, um sie im großen Saal unter einer Verneigung und der Versicherung, daß „es eine große Ehre gewesen sei", zu verabschieden und dann schleunigst zum Likör und zur guten Zigarre in das Herrenzimmer zu eilen. — Nicht wie bei den meisten andern ruhten nur die Fingerspitzen ihrer Hand lose auf seinem Arm, sondern er führte sie wirklich neben sich. Er führte sie! Wieder kam ein Gefühl des Geborgenseins unbewußt über sie. Es war eine Stütze, ein Führen, ein Leiten. „Komm," schien seine ganze Haltung, die Herzlichkeit seiner Art zu sagen, „komm, sei mein Kamerad! Laß mich dich führen! Vertraue mir!"

Und in eigenartigen, stummen, ringenden Empfindungen gingen sie schweigend allein durch den jetzt leeren Raum.

Am Ausgang, in der Nähe des großen Festsaales stand Frank. Offensichtlich erwartete er Jyria. Er war allein. Virginia war von ihrem Vater geholt worden, um irgendetwas mit dem Prinzen Habichtklein zu besprechen, der ein ebenso großer Sportsfreund war wie sie. Es war Frank fast lieb gewesen, so einige Augenblicke sich zwanglos bewegen zu können, um nach Jyria zu sehen. Während der ganzen Mahlzeit war er des dunklen Unterbewußtseins nicht Herr geworden, daß er sich ärgerte, Jyria als Tischdame jenes fremden Gutsbesitzers zu wissen. Der ganze kindliche Egoismus des Mannes war in ihm wach, der selbst nicht an eine Verbindung mit einem geliebten Mädchen denkt, weil es vermögenslos ist, es jedoch nicht einem andern gönnte, ihm nicht das Glück gönnte, einen edeldenkenderen andern Mann zu finden, der vielleicht ihre Anmut und ihre Eigenschaften über alle äußeren Güter schätzte!

Und seine würgende Vermutung, es bahne sich wahrscheinlich ein Interesse zwischen jenen beiden an, — denn daß der Fremde sich um Jyria bemühen würde, dünkte ihm unzweifelhaft —, schien durch die Tatsache bestätigt, daß beide jetzt als die Allerletzten und in langsamen Schritten Arm in Arm den Speisesaal verließen.

Mit einem erregten, fast zornigen und düsteren Blick sah er Jyria entgegen. Sie kannte seine so ausdrucksvollen Züge, wußte, was er dachte. Da glühte eine heiße Freude in ihr auf. Er gönnte sie jenem andern nicht! Vielleicht war Frank doch tatsächlich vorhin am andern Ende des Podiums gewesen, um sie zu erwarten.

Als er sie jetzt lächeln sah, faßte er den plötzlichen Entschluß, nicht mehr auf Virgina hier zu warten, sondern sofort Jyria zu beanspruchen. Das konnte er am unauffälligsten, indem er sie gleich jetzt um den ersten Walzer bat. Dadurch wurde sie auch der Gesellschaft des Gutsbesitzers entzogen. Später mußte er dann eine schickliche Gelegenheit suchen, um Virgina irgendeinen Vorwand zu erzählen, falls sie auf sein Warten hier gerechnet haben sollte.

„Jyria, wie lieb ist es mir, dich jetzt hier anzutreffen! Ich wollte dich gerade im Festsaale suchen. Nun kann ich dich hier bitten, mir den ersten Walzer zu schenken. Ich weiß ja, daß du gleich nach allen möglichen Seiten vergeben sein wirst. Gerade, wie es bei der Tischordnung ging!"

Das junge Paar war stehen geblieben. Ueber das eben noch heiter-zufriedene Gesicht des Herrn Wedell ging eine unverkennbare Enttäuschung. Wie schade, nun kam bereits ihr Jugendbekannter, um sie ihm wegzuholen! Aber er sah ein: es gab keine schickliche Möglichkeit, das junge Mädchen noch länger an seiner Seite zu halten. Besonders, wo Jyria über die Aufforderung des jungen Arztes sichtlich erfreut war. Das tat ihm weh. Aber war es nicht begreiflich, wo jene beiden langjährige Bekanntschaft und Jugenderinnerungen verbanden? Durfte er, der sie vor kaum einigen Stunden kennen gelernt, dieselben Ansprüche an ihr Interesse machen — — —?

So trat er zurück und gab den Arm von Jyria frei. Frank schien sehr erfreut, Jyria nun gleich in den Saal führen zu können. Sie reichte Herrn Wedell mit ungezwungener Freundlichkeit die Hand. Gerade ihre Ungezwungenheit war ihm fast schmerzlich. Ihm wurde es nicht leicht, sich jetzt schon von ihr zu trennen. Aber er lächelte, und in seiner starken Selbstbeherrschung konnte keiner der beiden seine leise Enttäuschung merken.

Für Sekunden sah er ihnen nach, wie der junge Arzt Jyria am Arm nun davon führte. Sie schien sofort ins eifrigste Gespräch vertieft. Aber Wedell bezwang sich. Sein Glaube, seine Wünsche gingen trotzdem in die Zukunft. „Morgen werde ich sie wiedersehen — —!" dachte er im Hinblick auf die Einladung von Fräulein Amanda im familiären Kreise, „morgen schon darf ich wieder in ihre lieben Augen sehen!" — — —

Man begann sogleich mit dem Kotillon, der eine solche Fülle von Abwechselung an Verschiedenartigkeit der Touren und Geschenken versprach, daß er mehrere Stunden dauern würde. Er sollte den Höhepunkt des Abends bilden. Die ganze Stadt sollte noch wochenlang von diesem Feste, besonders diesem Kotillon, sprechen!

„Siehst du, Jyria, ich bin stolz darauf, daß du das erste Blumensträußchen am heutigen Abend von mir annimmst!", sagte Frank halblaut, als er ihr ein Sträußchen von Veilchen und Margueriten an den Gürtel heftete, „wir beiden gehören doch zusammen, nicht wahr, und ich begreife nicht, daß du dich vorhin zu Tische von einem ganz Fremden, den du kaum kennen gelernt hast — als Tischdame wegschnappen ließest — — —".

Er tastete mit seiner Frage, ob sie ihm vorhin seine Wortbrüchigkeit verziehen habe und an seine kecke Behauptung nun glaubte: er habe sie nur verfehlt, weil sie am entgegengesetzten Ende des Podiums auf ihn gewartet — —? Es lag ihm wirklich viel daran, sich ihre Gunst zu erhalten!

„Du hast es ja ebenso gemacht, Frank, und dich auch mit einer andern Dame schnell getröstet!" gab sie ihm lachend zurück. Und an ihrem Lachen hörte er heraus, wie ergeben sie im innerlich wieder war!

„Komm!" sagte er, und legte den Arm behutsam um ihre Hüften, „komme, Liebe, jetzt frischen wir unsere schöne Jugenderinnerungen wieder auf!" Und sie schwebte in seinem Arm dahin, als sänke sie in einen Rausch des köstlichen, des warmen, festlichen Lebens — — —! (Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

## Baden.

**Eutingen,** 24. Juni. Heute abend badeten die beiden Söhne des Goldarbeiters W. Burkhardt kleine Enten im Kanal des Elektrizitätswerkes. Der jüngere der beiden, ein Knabe von 13 Jahren, wollte eine der Enten aus dem Wasser herausnehmen. Dabei stürzte er ins Wasser und schlug seinen Kopf an dem zementierten Ufer so unglücklich an, daß die Schädeldecke verletzt wurde. Der Aeltere schwamm sofort seinem Bruder nach und konnte ihn noch rechtzeitig aus dem Kanal ziehen und retten. Der Verunglückte wurde in das Kinderspital „Siloah" in Pforzheim verbracht, wo ein Loch in der Schädeldecke festgestellt wurde. Man hofft, den Jungen am Leben zu erhalten.

**Villingen,** 25. Juni. Ein 5jähriges Mädchen wollte bei der Eisenhandlung Riegger einem Auto ausweichen, sprang aber unter ein gleichzeitig vorbeifahrendes Bierfuhrwerk. Es wurde von einem Vorderrad erfaßt, so daß es einen Schenkelbruch und schwere innere Verletzungen erlitt, denen das Kind erlegen ist.

**Billige Kirschen.** Bei der Kirschenversteigerung in Müllheim am vergangenen Samstag fanden sich nur wenige Liebhaber ein, wodurch die Preise entsprechend sanken. Für die etwa 140 Bäume wurden insgesamt 129 Mark geboten. Der einzelne Baum kam auf 50 Pfennig bis hinauf zu 13 Mark. — Auch bei der großen Kirschbaumversteigerung in Auggen war das Interesse sehr gering. Bäume mit einem Ertrag von etwa 4 Zentnern erzielten wenig mehr wie 5 bis 6 Mark.

## Vermischtes.

**Gammertingen,** 25. Juni. Am Sonntag morgen fuhren einige Automobile mit Herren, die sich an der Hauptversammlung des „Vereins Deutscher Zeitungsverleger" in Stuttgart beteiligt hatten, hier durch. An einer scharfen Kurve auf der Straße Gammertingen—Hettingen sah sich das vorderste Auto, in dem sich Kommerzienrat Krumbhaar-Liegnitz, der Vorsitzende des Verlegervereins, befand, genötigt, rasch zu bremsen. Dabei überschlug sich der Wagen. Das nächste Auto, in dem sich Professor Wolff-Dresden befand, stieß mit dem vorderen zusammen. Dr. Krumbhaar mußte aus der schwierigen Lage befreit werden. Aerzte waren sofort zur Stelle. Er wurde mit schweren Verletzungen im Automobil von Professor Wolff nach Sigmaringen verbracht. Mit Dr. Krumbhaar wurden noch zwei weitere Personen, jedoch nur leichter, verletzt.

**Ein frecher Bursche.** Ein besser gekleideter Mann kam in die Wohnung des Metzgermeisters M. Bulach in Jungnau in Hohenzollern, gab sich dem allein anwesenden 15jährigen Dienstmädchen gegenüber als ein Herr Müller von Sigmaringen aus und forderte das Mädchen kurz und bündig auf, ihm zu zeigen, wo das Geld aufbewahrt sei. Als das geängstigte Mädchen dieser Aufforderung nicht nachkam, entriß er ihr das Kopftuch und steckte es ihr als Knebel in den Mund. Glücklicherweise kam jetzt eine Kundin, um Einkäufe zu machen. Dadurch wurde der Räuber veranlaßt, von seinem weiteren Vorhaben abzustehen und durch die Hintertür das Weite zu suchen. Er hatte aber noch Zeit, eine Geldmappe mit ungefähr 70 Rentenmark und eine goldene Damenuhr mitlaufen zu lassen. Bei der Flucht verlor er seine Mütze, die zu seiner Ergreifung Anhaltspunkte bieten dürfte.

**Ferkelchens Schicksale.** Aus Bilshausen bei Duderstadt wird ein merkwürdiges Naturkuriosum berichtet. Die Sau eines Landwirts warf 13 Ferkel. Das letzte war ein kleines, anscheinend lebloses Tierchen und wurde auf den Düngerhaufen geworfen. Niemand kümmerte sich mehr darum. Einige Tage vorher hatte auch die Hündin des Landwirts Junge bekommen, die aber beseitigt wurden. Eines Morgens hörte die Hausfrau in einem Seitenraume ein ungewöhnliches Geräusch. Sie glaubte an das Vorhandensein von Ratten und ging in Begleitung des Mannes dem Geräusche nach. Zu ihrer größten Ueberraschung fanden sie das längst vergessene Ferkelchen ruhig neben der Hündin liegend. Es trank soeben an der Pflegemutter. Das Ferkelchen befindet sich unter der Obhut der Hündin recht wohl.

**In religiöser Umnachtung.** In dem Rhöndorfe Königshofen hat die 68jährige Arbeiterfrau Eckstein, die sich bereits in einer Irrenanstalt befunden hatte, in einem Anfall religiöser Umnachtung die gleichalterige Frau Schmitt durch Messerstiche so schwer verletzt, daß nach kurzer Zeit der Tod eintrat. Die Mörderin lebte in dem Wahne, die Schmitt sei eine Hexe und ihr sei von Gott die Aufgabe übertragen, die Welt von ihr zu befreien! Sie zeigte die Tat, über die sie keine Reue empfindet, bei der Gemeindebehörde selbst an. Ein Bruder von ihr hat vor einigen Jahren, ebenfalls in geistiger Umnachtung, seinen Bruder erstochen.

**Eine Kuh, die ihr Kalb rettet.** Ein Briefträger namens Hutson, der dieser Tage über eine Wiese bei Holton in der Nähe des englischen Ortes Grimsby ging, merkte plötzlich, daß eine Kuh hinter ihm herlief, die jämmerlich blökte und nachdem sie die Aufmerksamkeit des Mannes erregt hatte, immer wieder nach einer Ecke des Feldes lief. Der Postbote folgte dem Tier bis zu einem trockenen, 30 Fuß tiefen Brunnenloch, in dem ein Kälbchen lag. Er benachrichtigte den Besitzer der Kuh, und dieser stieg in das Loch hinab, worauf dann das Kalb an einem Seil, ganz unversehrt, herausgezogen wurde. Die Kuh zeigte über die Errettung ihres Jungen durch lustige Sprünge ihre größte Freude.

## Handel und Verkehr.

**Fruchtpreise.** Geislingen: Weizen kostete 10 Mark, Roggen 8—8.50 Mk.; Nagold: Weizen 10, Gerste 8.50, Haber 7.50 bis 8.50 Mark; Ravensburg: Weizen 8—9 Mark, Roggen 7.50, Gerste 7.40—8.20, Haber 6.20—7.27, Kleie 4—4.10 Mark pro Zentner; In Reutlingen kostete Weizen 10—12, Dinkel 8—8.50, Gerste 9—11, Haber 6—8 Mk., in Urach Dinkel 8, Gerste 8.25, Haber 7.50, Weizen 8.50, Kernen 9 Mark, je der Zentner.

**Schweinepreise.** In Hall kosteten Milchschweine 15—24, Läufer 28—37 Mark, in Kirchheim u. T. Milchschweine 18—30, Läufer 66 Mark, in Riedlingen Milchschweine 15—25, Mutterschweine 120 Mark, in Balhingen a. E. Milchschweine 13—28 Mk. je das Stück. — In Schwenningen kostete ein Milchschwein 13—23 Mark, in Tuttlingen 14—20 Mark, in Waldsee 13 bis 28 Mark. — In Backnang kosteten Milchschweine 15—25 Mark, in Ludwigsburg 1 Läufer 31—75, 1 Milchschwein 15—29 Mark.

## Neueste Nachrichten.

**Stuttgart,** 25. Juni. Im „Deutschen Volksblatt" beschwert sich der Zentrumsabgeordnete Andre heftig über die Kampfesweise von Theodor Körner jung. Körner hatte Andre eine Einwirkung auf das Oberamt Aalen gegen eine Erhöhung nachgesagt. Andre erklärt: Für mich persönlich ist die Situation klar. Wenn nicht Sicherheiten geschaffen werden, daß eine derart unwahrhaftige Kampfesweise endgültig aufhört, mag die Regierung Bazille-Bolz unterstützen, wer sie will. Ich küsse nicht die Hand, die mich schlägt, und andere Abgeordnete im Zentrum werden es vermutlich ebenso halten. Für eine Koalitionspolitik, bei der namhafte Abgeordnete verdächtigt werden können und wo der ganze Streit förmlich an den Haaren herbeigezogen wird, habe ich kein Verständnis. Dieses in aller Oeffentlichkeit bekannt zu machen, halte ich für meine Pflicht. Wer auf Parteiehre hält, wird meiner Auffassung beitreten müssen.

**Stuttgart,** 25. Juni. Vor dem Oberlandesgericht stand wieder ein Landesverräter, der Schneidermeister Baptist Bolich von Karlsruhe. Bolich wurde zu 10 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und 5000 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Geldstrafe gilt als durch die Untersuchungshaft getilgt. Ein zweiter Angeklagter erhielt wegen ähnlicher, aber bedeutend harmloserer Vergehen eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr, wovon 5 Monate Untersuchungshaft abgehen.

**München,** 26. Juni. General von Lossow ist seit einigen Tagen wieder nach München zurückgekehrt. Die Gerüchte, die seinerzeit über eine Reise des Generals in die Türkei und seinen Uebertritt in türkische Dienste verbreitet waren, entsprechen nicht den Tatsachen. — Der „Münchener Allgemeinen Zeitung zufolge" hat das Organ des Hitlerflügels der Nationalsozialisten, die „Großdeutsche Zeitung", den Konkurs angemeldet. Das Blatt hat vor kurzem sein Erscheinen eingestellt mit der Begründung, daß eine wirtschaftliche Umstellung notwendig sei.

**Frankfurt,** 26. Juni. Die alliierte Rheinlandkommission hat die Ausweisung des pfälzischen Regierungspräsidenten Dr. Mattheus zurückgenommen. Dr. Mattheus wird demnächst seinen Regierungssitz wieder von Heidelberg nach Speyer verlegen. Er war vor vielen Monaten mit seinem ganzen Beamtenapparat nach Heidelberg übergesiedelt.

**Dessau,** 25. Juni. Nachdem vor 14 Tagen der kommunistische Landtagsabgeordnete Wolf in Sondershausen wegen Diebstahls zu 4 Wochen Gefängnis verurteilt worden war, wurde jetzt sein Gesinnungsgenosse, der kommunistische Landtagsabgeordnete Pultz aus Nienburg, vom Schwurgericht wegen Meineides in einem Ehescheidungsprozeß zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt.

**Leipzig,** 25. Juni. In der Strafsache gegen Kromer, Gasse, Baumann und Genossen wegen Vergehen gegen das Gesetz zum Schutze der Republik wurde die von der Karlsruher Staatsanwaltschaft gegen das freisprechende Urteil der Strafkammer Karlsruhe vom 24. Januar ds. Js. eingelegte Revision von dem ersten Strafsenat des Reichsgerichts als unbegründet verworfen.

**Berlin,** 25. Juni. Wie die Blätter mitteilen, weist die vom Statistischen Reichsamt vorgelegte Statistik über den deutschen Außenhandel, die allerdings kaum mehr als eine Statistik des Außenhandels im unbesetzten deutschen Gebiet ist, einen Passivsaldo von 350 Millionen Mark für Mai auf. Die Einfuhr betrug 870 185 000, die Ausfuhr 516 217 000 Goldmark. Aus diesen Ziffern geht hervor, daß sowohl die Einfuhr, als auch die Ausfuhr eine nicht unbeträchtliche Steigerung erfuhr. Die Steigerung ist allerdings bei der Einfuhr größer als bei der Ausfuhr. Insbesondere hat sich die Einfuhr von Fertigwaren erhöht.

**Berlin,** 25. Juni. Nach einer Uebersicht bei der Geldbewegung bei der Reichshauptkasse vom 11. bis zum 20. Juni betrug die Summe der Einzahlungen 180 074 108 Goldmark, die der Auszahlungen 182 635 834 Goldmark, mithin der Zuschußbedarf 1 661 746 Goldmark. Der Erlös aus der Begebung der Rentenmarkschatzwechseln belief sich am 10. 6. 1924 auf 134 121 572 und am 20. 6. 1924 auf 237 498 218 Goldmark. Mithin ist eine Zunahme vom 11. bis 20. 6. von 103 376 646 Goldmark zu verzeichnen.

**Berlin,** 26. Juni. Der Reichskanzler hat die Staats- und Ministerpräsidenten der Länder für Donnerstag, den 3. Juli, zu einer Aussprache über die allgemeine politische Lage, insbesondere auch über den Stand der Reparationsfrage, nach Berlin geladen. — Das Reichskabinett bereitet die Antwort vor auf die englisch-französische Militärkontroll-Note, die in zustimmendem Sinne beantwortet werden dürfte.

**Hannover,** 25. Juni. In Letter fanden Dienstag abend gegen 8 Uhr Männer unter einer Brücke am Mittellandkanal 4 Kisten mit Schwarzpulver. Die Kisten wurden geöffnet und der Inhalt mit einem Streichholz angezündet und dadurch zur Explosion gebracht. Bei der Explosion wurden 4 Männer, 1 Frau und 3 Kinder schwer verletzt. Sie liegen zum Teil hoffnungslos darnieder. Außerdem erlitten noch einige andere Personen leichtere Verletzungen. Es steht so gut wie fest, daß das Pulver aus einem Diebstahl herrührt.

**Stettin,** 25. Juni. Im Graff-Prozeß wird nach Eröffnung der Verhandlung Waffenmeister Leipold vernommen. In Uebereinstimmung mit den später übergebenen Gutachten des belgischen Obersten hat Leipold schon damals festgestellt, daß die Waffe gewisse Merkmale trage, die sich an den abgeschossenen Patronen genau abzeichnen mußten. Auf den Einwurf des Verteidigers, daß das Gutachten des belgischen Obersten nicht vorliege, stellte der Generalstaatsanwalt fest, daß man bei den belgischen Behörden den Antrag gestellt hat, einen Vertreter an der Verhandlung teilnehmen zu lassen, sowie dem Stettiner Gericht die Waffenbücher auszuliefern und auch das belgische Gutachten dem deutschen Gericht zugänglich zu machen. Alle drei Anträge seien abgelehnt worden.

**Rom,** 26. Juni. Mussolini hat dem Generalkommando der faschistischen Miliz den Befehl zur sofortigen Demobilmachung der in den letzten Tagen mobilisierten Legionen überreicht. — Zum Nachfolger des zurückgetretenen Abgeordneten Finzi im Kommissariat für das Luftfahrwesen ist General Lonzani ernannt worden.

**Rom,** 26. Juni. Die italienische Regierung ist, den Blättern zufolge, im Begriff, die Einladung zu der bevorstehenden interalliierten Konferenz anzunehmen. — Der Beschluß des Allgemeinen italienischen Gewerkschaftsbundes, am Freitag zu Ehren Matteottis eine allgemeine Arbeitspause von 10 Minuten eintreten zu lassen, stößt bei der italienischen Regierung auf keinen Widerstand. Auch der Verband der italienischen Industriellen hat dieser Trauerkundgebung zugestimmt.

**Madrid,** 25. Juni. Gegen die spanischen Generale Berenguer und Navarro, die angeklagt sind, die schwere Niederlage der spanischen Truppen durch die Rifkabylen in Marokko vor drei Jahren verschuldet zu haben, hat nun die Hauptverhandlung begonnen. Der Generalstaatsanwalt hat gegen Berenguer und Navarro die Todesstrafe beantragt, milderte jedoch im Laufe der Verhandlung ursprünglich seinen Strafantrag auf 20 Jahre Kerker. Der Prozeß erregt in ganz Spanien riesiges Aufsehen. Man rechnet mit der Urteilsfällung im Laufe der nächsten Woche.

**Paris,** 25. Juni. Ministerpräsident Herriot hat heute vormittag im Ministerrat über seine Besprechungen mit Macdonald, Theunis und Hymans Bericht erstattet. Nach Schluß des Ministerrates erklärte Herriot auf Befragen, daß er sehr befriedigt von der Absendung der französisch-englischen Note in der Frage der Militärkontrolle sei. Es habe sich darum gehandelt, nicht eine Geste zu machen, sondern eine Tat zu vollbringen. Darauf allein komme es an. Wir haben, fügte Herriot hinzu, Grund zu der Annahme, daß Deutschland akzeptieren wird.

**Paris,** 25. Juni. Aus Washington wird gemeldet, die Vereinigten Staaten wären bereit, zu der Konferenz, die am 16. Juli in London stattfinden werde, den üblichen offiziösen Beobachter zu entsenden.

**London,** 25. Juni. Die „Morningpost" berichtet aus Kairo, daß die ägyptische Kammer die Anempfehlung des Haushaltsausschusses, die Kosten des britischen Besatzungsheeres nicht ins Budget einzuschließen, annahm.

**London,** 25. Juni. Im Unterhaus erlitt die Regierung ihre sechste Niederlage während der gegenwärtigen Tagung und zwar bei der Abstimmung über die Vorlage wegen der Regelung des Londoner Verkehrs mit 195 gegen 168. Die Liberalen und Konservativen hatten sich vereinigt, um die Bestimmungen durchzusetzen, denen das Verkehrsministerium widersprach. Die Niederlage hat keine politische Bedeutung.

**Pretoria,** 25. Juni. Die Arbeiterführer Creswell und Boysell sagten in einer Unterredung, Herzog habe den Wunsch ausgedrückt, daß die Arbeiterpartei Sitze im Kabinett übernehmen möchte, damit beide Rassen vertreten seien. Die Entscheidung darüber habe eine Arbeiterparteikonferenz in Johannesburg am 29. Juni zu fällen. Falls sie den Eintritt in das Kabinett billige, werde die Arbeiterpartei die Grundsätze der Unabhängigkeit nicht preisgeben.

### Vom Deutschen Gastwirte-Verbandstag.

**Karlsruhe,** 25. Juni. Hier begann heute die 49. Tagung des Deutschen Gastwirteverbandes. Anwesend waren zahlreiche Vertreter der Landes- und der Reichsregierung, des vorläufigen Reichswirtschaftsrats und als Vertreter der österreichischen gastgewerblichen Genossenschaftsverbände Kommerzienrat Meyer-Linz. Der Verbandsvorsitzende Köster leitete die Tagung ein und betonte die Notwendigkeit der Einheit des Reiches und seiner einzelnen Glieder. Die Gastwirteverbände würden jede politische Partei bekämpfen, die sich den berechtigten Interessen des gewerblichen Mittelstandes verschließen würde. — Nach verschiedenen Begrüßungsansprachen fanden Beratungen über berufliche Fragen statt. Es wurde die Aufhebung der Preisprüfungsstellen verlangt, ferner die Wiederherstellung des früheren Vereinsgesetzes, Beseitigung der Sondersteuern usw. und eine entsprechende Entschließung angenommen. Morgen gehen die Verhandlungen weiter.

### Deutscher Reichstag.

**Berlin,** 25. Juni. In der heutigen Sitzung des Reichstags wurde zunächst das deutsch-polnische Abkommen über den oberschlesischen Grenzbezirk und der Gesetzentwurf über militärische Quartierleistungen im Frieden ohne Debatte in dritter Lesung endgültig angenommen. In der darauf folgenden gemeinsamen Beratung der von verschiedenen Parteien gestellten Aenderungsanträge zur Beamtenbesoldungsverordnung betonte Abgeordneter Morath (Deutsche Volkspartei) die Notwendigkeit einer Aufbesserung der Bezüge der Beamten in den Gruppen 1—6, was auch alle anderen Parteien forderten. In seinem Bericht über die Verhandlungen des Hauptausschusses gibt der Abgeordnete die Stellungnahme der Regierung gegenüber diesen Forderungen bekannt, nach der keine Regelung vorgenommen werden könne, die zu einer allgemeinen Lohnbewegung geeignet sei. Der Ausschuß beantragt, die zur Verfügung stehende Summe von 71½ Millionen ausschließlich zur Erhöhung der Grundgehälter für die Gruppen 1—6 zu verwenden. Dagegen soll für alle Beamtengruppen eine Erhöhung der Kinder- und der Frauenzulagen durchgeführt werden. Abgeordneter Schmidt-Stettin (Deutschnational) ist mit dem Ausschußantrag einverstanden und fordert weiter Wiedereinstellung der Wartegeldempfänger und dafür eine weitere Entlassung von Angestellten. Die Beschränkung des Erholungsurlaubes und die Verlängerung der Dienststunden solle baldigst wieder aufgehoben werden. — Abgeordneter Steinkopf (Soz.) gibt der Entrüstung der Beamtenschaft über die letzte Besoldungsverordnung Ausdruck und erklärt, daß die Regierung ihre Ermächtigung in der Frage der Besoldungsordnung in krasser Weise mißbraucht habe. Sie habe oben Tausende zugelegt und die unteren Gruppen mit ganz minimalen Beträgen abgespeist. Er beantrage die Aenderung der Abbauverordnung und die Aussetzung des Abbaues bis dahin. — Abgeordneter Gudrat (Zentrum) beantragt die Ueberprüfung des gesamten Beamtenrechts und tadelt den Abbau der örtlichen Sonderzuschläge für die Beamten im besetzten Gebiet, ebenso die Zurücksetzung der Ausgewiesenen bei der Beförderung. Er stimmt im übrigen dem Ausschußantrag zu und verlangt von der Regierung, daß mit dem Personalabbau Schluß gemacht wird. — Abgeordneter Eichhorn (Komm.) beantragt, statt der 71½ Millionen 100 Millionen für die Aufbesserung zur Verfügung zu stellen und die sozialen Zulagen statt für die Gruppen 1—6 für die Gruppen 1—9 zu erhöhen. — Abgeordneter Morath (Deutsche Volkspartei) bezeichnet die Besoldungspolitik der letzten Jahre als unbesonnen und für die Beamten auf die Dauer nicht erträglich, besonders für die mittleren und die unteren Gruppen. Auch dieser Redner befürwortet den Antrag des Ausschusses. — Abgeordneter Kahl (Nat.-Soz.) erklärt die Personalabbauverordnung für ungerecht und unwirtschaftlich und bemängelt, daß unproduktive höhere Beamtenposten, die erst seit der Revolution geschaffen worden seien, nicht vom Abbau betroffen werden. Die Verordnung diene dazu, politisch unbequeme Beamte zu entfernen. Auch die folgenden Redner, der Abgeordnete Bauer (Bayerische Volkspartei), Brodauf (Demokrat), Lucke (Wirtschaftliche Vereinigung) und Kunze (Deutschsoz.) sprechen sich in der gleichen Richtung wie die Vorredner aus, worauf die Debatte geschlossen wird. Die Abstimmung über die Anträge findet morgen statt. Außerdem stehen morgen sozialpolitische Anträge zur Debatte.

### Achtstundentag und Reparationsfrage.

In Genf tagt gegenwärtig die internationale Arbeitskonferenz, die auf Grund des Artikels 388 des Völkerbundsvertrages über die internationale Regelung der Arbeitsverhältnisse zu wachen hat. Die diesjährige Tagung ist deshalb von besonderer Bedeutung für Deutschland, weil die Frage des Achtstundentages einer anscheinend ausgiebigen und grundsätzlichen Erörterung unterzogen werden soll. Soviel sich aus den bisherigen Verhandlungen ersehen läßt, steht der deutsche Delegierte einem Kreuzfeuer von Vorwürfen gegenüber, welche sich darauf gründen, daß Deutschland das Prinzip des Achtstundentages durchbrochen habe, das sich prinzipiell auf Artikel 427 des Völkerbundsvertrages und außerdem auf die Washingtoner Konvention über die internationalen Arbeitsbedingungen stützt. Da Deutschland nicht Mitglied des Völkerbundes ist, kann ihm die Washingtoner Konvention nicht aufgezwungen werden, doch muß dem deutschen Vertreter daran gelegen sein, den Eindruck zu entkräften, als beabsichtige Deutschland durch die Verlängerung der Arbeitszeit einen unlauteren Wettbewerb gegen die Völkerbundsstaaten und ein industrielles Dumping. Die deutsche Verteidigung bewegt sich auf der Linie, daß Deutschland im Prinzip den Achtstundentag seit langem anerkannt und durchgeführt habe, daß jedoch die wirtschaftliche Notlage und der Zwang der Reparationsleistungen Ausnahmen erforderlich machen. Nun ergibt sich die merkwürdige Tatsache, daß die Arbeitervertreter der alliierten Länder die Gründe Deutschlands nicht gelten lassen und vor allem nicht anerkennen wollen, daß die ungeheuren Reparationslasten für Deutschland den Zwang zur Mehrarbeit bedeuten. Noch merkwürdiger ist, daß auch der französische Regierungsvertreter sich auf den gleichen Standpunkt stellt und der Auffassung Ausdruck gibt, daß die Reparationsleistungen nicht den Achtstundentag beeinträchtigen würden. Diese Kundgebungen haben aber nur den Wert von Deklamationen, was sich sofort erweisen wird, wenn man die alliierten Länder vor die Frage stellt, ob sie mit einer Reduktion der Reparationsleistungen einverstanden sein würden, wenn sich herausstellen sollte, daß die Leistungen des Sachverständigenplanes nicht im Rahmen der normalen achtstündigen Arbeitszeit ausgeführt werden können. Solange die Entente darauf beharrt, von Deutschland eine Gesamtsumme zu erpressen, welche die 132 Goldmilliarden des Londoner Ultimatums erreicht, vielleicht sogar übertrifft, zwingt sie die Gesamtheit des deutschen Volkes auf Jahrzehnte hinaus zu einer Mehrarbeit, die weit über den Rahmen des Achtstundentages hinausgeht. Das sollte vor allem den Vertretern der Regierungen Englands und Frankreichs, die sich als Verfechter der Demokratie und des sozialen Ausgleichs gerieren, mit aller Schärfe entgegengehalten werden.

**Herren- und Burschen-Anzüge**
kaufen Sie in bester Qualität zu billigsten Preisen im Etagengeschäft
**Franz Gratz, Pforzheim,**
Herren- und Burschenkonfektion,
**7a Leopoldstraße 7a.**

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

### Der französische Arbeitsminister zum Achtstundentag.

**Genf**, 25. Juni. Bei einem Presseempfang gab der französische Arbeitsminister Justin Godard deutschen Journalisten besonders über die Frage des Achtstundentages und die Ratifikation der Washingtoner Konvention Erklärungen ab, die sich etwa folgendermaßen zusammenfassen lassen: „Wir haben in Frankreich, trotzdem uns die schwere Aufgabe des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete obliegt, den Achtstundentag gesetzlich eingeführt und ihn auch durchgeführt. Wir erwarten aber von den anderen Demokratien und auch von der deutschen Demokratie, daß, wenn sich die französische Demokratie Opfer auferlegt, sie auch dazu bereit sein wird. Das Argument der Notwendigkeit der Reparationsleistungen seitens Deutschlands kann nicht gegen den Achtstundentag angeführt werden, der lediglich eine Frage des sozialen Fortschrittes ist. Ich bin überzeugt davon, daß es eine Ungerechtigkeit wäre, die Reparationen teilweise mit einem Rückschritt in den Arbeitsbedingungen bezahlen zu wollen. Auf die Frage, wie er sich zu den Erklärungen des französischen Arbeitgebervertreters Pinot auf der vorletzten Tagung des Verwaltungsrates des internationalen Arbeitsamtes stelle, wo Pinot selbst die Notwendigkeit einer längeren Arbeitszeit in Deutschland zum Zwecke der Reparationszahlungen anerkannt hatte, erwiderte dieser, das sei eben der Standpunkt eines französischen Arbeitgebers gewesen und nicht derjenige der französischen Demokratie, die jetzt in Frankreich die Regierung stelle.

### Der Achtstundentag auf der Internationalen Arbeitskonferenz.

**Genf**, 26. Juni. Der gestrige zweite Tag der Debatte über den 8-Stundentag auf der internationalen Arbeitskonferenz begann mit einer großen Rede des deutschen Arbeiterdelegierten Hermann Müller. Was man den deutschen Unternehmern vorwerfe, erklärte er, sei nur, daß sie nur die großen Gewinne der Inflationsperiode zur Verbesserung und Vermehrung ihrer industriellen Anlagen benutzt hätten. Die schwierige Lage infolge der Reparationszahlungen verkennen wir nicht, aber wir wollen, daß ohne irgendeine Veränderung die Grundsätze der 8-Stundenarbeit aufrechterhalten werden. Mit dem deutschen Regierungsdelegierten sei er darin einig, daß in Deutschland die äußeren Einflüsse in der letzten Zeit sehr viel stärker gewesen seien als aller guter Wille. Wenn man von einer Kontrolle der Arbeitsbedingungen in Deutschland spreche, so müsse diese Kontrolle auch auf andere Länder ausgedehnt werden. — Der englische Regierungsdelegierte Davies zitierte zwei Paragraphen aus dem Sachverständigengutachten zum Beweis dafür, daß die von den Sachverständigen vorgeschlagenen Maßnahmen keine schwereren Lasten für den deutschen Steuerzahler zur Tilgung der inneren Schuld Deutschlands bedeuteten, als die Lasten der alliierten Mächte, die ihnen aus ihren inneren Verpflichtungen erwüchsen. Zum Schlusse erklärte der Redner, die Verkürzung der Arbeitswoche sei der einzige praktische Vorteil, den die Arbeiter als Ergebnis des Friedens erzielt hätten. — Darnach sprachen ein polnischer, ein belgischer und ein irischer Regierungsvertreter. Dann nahm der deutsche Arbeitgeberdelegierte Vogel das Wort und sagte, die deutschen Arbeitgeber seien durchaus nicht gegen den 8-Stundentag, wohl aber Gegner einer schematischen Anwendung der 8stündigen Arbeitszeit. Sie seien der Meinung, daß die Arbeitszeit in Einklang gebracht werden müsse mit den Anforderungen der Produktion. Die deutsche Industrie habe schon während der Inflationszeit große Verluste erlitten, so daß die deutschen Arbeiter es sehr bald spüren müßten, wenn das Betriebskapital nicht mehr zur Aufrechterhaltung der Betriebe ausreiche. Der Redner betonte weiter, daß die längere Arbeitszeit nicht nur keine Lohnkürzungen, sondern im Gegenteil eine wesentliche Lohnerhöhung zur Folge gehabt habe. An den französischen Arbeitervertreter Jouhaux richtete er die Frage, ob dieser denn nie von der Belastung der Industrie in Deutschland durch die Micumverträge und die hohen Steuern infolge der Besatzungskosten gehört habe. — Mit einem Bericht des argentinischen Arbeitervertreters de Marval, der betonte, daß in Argentinien der 8-Stundentag im wesentlichen praktisch durchgeführt werde, schloß die Debatte, deren Fortsetzung auf heute vertagt wurde.

### Belgisches Eingeständnis der Meinungsverschiedenheiten.

Aus den Kommentaren der belgischen Presse über die Unterredung zwischen Herriot und Theunis geht hervor, daß die belgische Regierung über Herriots Reparationspläne beunruhigt ist und ein zu rasches Einlenken Frankreichs besonders in der Frage der Räumung des Ruhrgebiets und der Organisation der Sicherheiten unter Mitwirkung des Völkerbundes befürchtet. Auf alle Fälle bestehen Meinungsverschiedenheiten, deren Ausgleich aber ernstlich angestrebt wird, um die Einheitsfront der Alliierten herzustellen. Herriot erklärte Pressevertretern über die Unterredung mit Theunis kurz, er sei mit dem Ergebnis nicht unzufrieden.

### Die Teilnehmer an der Londoner Konferenz.

Die Pariser Abendblätter geben eine Reutermeldung wieder, nach welcher die Einladungen zu der interalliierten Konferenz am 16. Juli vorbereitet worden sind. Man würde auch die Vereinigten Staaten bitten, einen offiziellen oder offiziösen Vertreter zu entsenden. Japan wird eingeladen werden. Man hofft, daß Mussolini persönlich kommen wird. Herriot werde Frankreich, Ramsay Macdonald England, Theunis und Hymans werden Belgien vertreten.

### Londoner Abschwächungsmanöver.

**London**, 25. Juni. In hiesigen politischen Kreisen, die in sehr naher Beziehung zur Regierung stehen, hält man es für dringend notwendig, darauf hinzuweisen, daß die zahlreichen Mitteilungen in der französischen und belgischen Presse über die angeblichen Beschlüsse und Entscheidungen, die in Chequers getroffen worden sein sollen, im wesentlichen unzutreffend sind. Man wehrt sich auf englischer Seite vor allem dagegen, daß es in der kontinentalen Presse so dargestellt wird, als ob der englische Premierminister dem französischen Premierminister irgendwelche verbindlichen Zusagen über eine militärische Unterstützung Frankreichs durch England im Falle eines deutschen Angriffskrieges gegeben habe. Der englische Ministerpräsident habe im Laufe seiner Unterredung mit Herriot diesem nur eine Zusage gegeben, nämlich daß England Frankreich, Belgien und Italien unterstützen werde für den Fall, daß Deutschland sich durch bösen Willen der Durchführung der Bestimmungen des Dawesplanes entziehen sollte.

### Prinzipienfeste Kommunisten.

In dem ehemaligen kaiserlichen Schloß, dem Moskauer Winterpalast, sind große Diebstähle verübt worden. Die Sowjetpresse berichtet von einem großen Prozeß gegen 11 Personen, die angeklagt sind, aus den Palastsälen wertvolle Sachen gestohlen zu haben. Unter den Angeklagten befindet sich auch der Geschäftsführer eines der größten Hotels in Petersburg, Iwanow, der sich für eine Gesellschaft das kaiserliche Tischservice aus dem Winterpalast geborgt und nie zurückgegeben hat. Iwanow behauptet vor Gericht, daß er in vollster Uebereinstimmung mit seiner kommunistischen Anschauung gehandelt habe, und daß er nie die Absicht hatte, das Service zurückzugeben. Iwanow hat das Service, das von unschätzbarem Werte und in künstlerischer Ausführung aus Gold und Silber gearbeitet ist, später ins Ausland verkauft.

### Wichtiger Fortschritt in der deutsch-amerikanischen Entschädigungsfrage.

**Washington**, 25. Juni. Die deutsch-amerikanischen Unterhändler in der deutsch-amerikanischen Schadenersatzkommission haben in ihren Verhandlungen einen erfolgreichen Abschluß in einer Teilfrage erzielt. Die Regelung bezieht sich auf rund 1500 amerikanische Schadenersatzansprüche für Schiffsverluste und sieht dafür eine Summe von 100 Millionen Dollar vor. Diese grundsätzliche Abmachung, die zum endgültigen Inkrafttreten noch der Bestätigung der Schadenersatzkommission bedarf, regelt die umfangreichsten Einzelkategorien der von der Kommission anhängig gemachten Ersatzansprüche. In amtlichen Kreisen wird dieses Abkommen als ein wichtiger Fortschritt auf dem Wege der schiedsrichterlichen Regelung derartiger Ansprüche betrachtet. Die Einzelheiten dieses Abkommens sind noch nicht bekannt.


Neusatz O/A. Neuenbürg.

**Jagdverpachtung.**

Die Gemeindejagd Neusatz—Rotensol umfassend 204 ha. Feldfläche kommt am **Samstag, den 28. Juni 1924, nachm. 2 Uhr**, auf 3 oder 6 Jahre im öffentlichen Aufstreich auf dem Rathaus wiederholt zur Verpachtung, wozu Liebhaber eingeladen werden.

**Schultheißenamt.**

**Bezirks-Konsumverein Neuenbürg (Enz).**

**Radikaler Preisabbau!**

Wir gewähren unseren Mitgliedern bis auf Weiteres einen Preisnachlaß

**von 30 % auf Textil- und von 20 % auf Schuhwaren.**

Wir empfehlen unseren Mitgliedern von diesem außergewöhnlich günstigen Angebot ausgiebigen Gebrauch zu machen.

**Prima Mostzibeben**

eingetroffen.

Neuenbürg.

Prima erstklassiges

**Mastochsenfleisch**

(Auslandsware),

das Pfund **65 Pfg.**, empfiehlt

**Karl Silbereisen**, Metzgermeister.

**Nochmals herabgesetzte Preise!**

Suchen Sie wirklich Qualitätsware zu billigen Preisen?

So besuchen Sie mein Geschäft!

Ich bringe zu äußersten Preisen nur beste Qualitätsware. — Nur bei

**Schuhhaus Hertz,**

Neuenbürg,

Filiale Pforzheim, Oestliche 23.

Ware kann gegen Anzahlung bis vier Wochen zurückgelegt werden.

Besichtigung ohne Kaufzwang!

**Reisedecken, Polstermaterialien, Matratzen-Stoffe, Rosshaare.**

Auf Wunsch weisen wir Bezugsquellen nach.

**Steigerwald Aktiengesellschaft Heilbronn a. N.**


**Rheinische Creditbank, Niederlassung Herrenalb.**

25. Juni 1924.

| | Heutig. Kurs | Vorig. Kurs | | Heutig. Kurs | Vorig. Kurs |
|---|---|---|---|---|---|
| Goldanleihe . . . | 4,2 | 4,2 | Benz Akt. . . . . | — | — |
| 3% Dt. Reichsanl. | 0,800 | 0,710 | Buderus Akt. . . | 7⅛ | 7,8 |
| 4% „ „ | 0,415 | 0,390 | Charlottenburger Wasser Akt. . . | 17¾ | 18 |
| 5% „ „ | 0,163 | 0,131 | Daiml. Mot. Akt. | 2,1 | 2⅛ |
| 3½% Württ. Staatsanleihe . | 0,350 | 0,330 | Gaggenau Eisen Akt. . . | 5⅜ | 5 |
| 4% W. Staatsanl. | 0,350 | 0,375 | Germania Linoleum Akt. | 6,7 | 7,4 |
| 5% Südd. Zentralbank Obl. | 1,250 | 1,200 | Harp. Bergb. Akt. | 51,9 | 52 |
| 5% Badische Kohlenanleihe . | 9 | 8,9 | Höchst. Farb. Akt. | 9,7 | 9,6 |
| 5% Neckar-Goldanleihe . . | — | — | Junghans Akt. . | 5 | 5 |
| Dtsch. Bank Akt. | 8,12 | 7⅞ | Köln-Röttw. Akt. | 5⅛ | 4,8 |
| Disconto-Command. Akt. | 8,25 | 7,8 | Kollmar & Jourdan Akt. . . . | 15⅛ | 14¼ |
| Reichsbank Akt. | 29,5 | 28¼ | Körting Gas. Akt. | 4⅝ | 4,6 |
| Rhein. Creditbank Akt. . . . | 1,5 | 1,5 | Laurahütte Akt. . | 4⅞ | 5⅛ |
| Württ. Vereinsbank Akt. . . . | 1,75 | 1,7 | Magirus Akt. . . | 1,4 | 1,4 |
| Hapag Akt. . . . | 21,1 | 21 | Mansfeld Akt. . | 2¼ | 2,2 |
| Nordd. Lloyd Akt. | 4,3 | 4,2 | N.S.U. Akt. . . . | 4 | 4,3 |
| Allg. Lokalb. Akt. | 24½ | 24 | Recharwerke Akt. | 3¼ | 3,2 |
| Elekt. Hochb. Akt. | 39⅝ | 39¼ | Zol. Stichel Akt. . | 3,7 | 3,62 |
| A.E.G. Akt. . . . | 6⅝ | 6⅝ | Salz. Heilbr. Akt. | 34 | 33 |
| Bad. Anilin Akt. | 12⅛ | 12⅛ | Stuttg. Zuck. Akt. | 2,3 | 2,25 |
| | | | Württ. Elekt. Akt. | 5,25 | 4,9 |
| | | | Zellstoff Waldhof Akt. . | 6,8 | 6,7 |


**Man nehme**

zur Wäsche nie Seife allein, das Waschen würde zu teuer sein. Man nehme

**Henko**

als Zusatzmittel — — die Kosten verringern sich um ein Drittel!

Henko

Henkel's Wasch- und Bleich-Soda

Neuenbürg.

Weitere Bestellungen auf

**Ruhr-Fettnußkohlen**

nimmt entgegen

**Franz Andräs.**

**Jeden Samstag Wochenmarkt in Neuenbürg.**

Beginn 7 Uhr vormittags.

Schuhhaus

**Ferd. Schaefer**

Pforzheim,

am Marktplatz, Ecke Schlossberg (neben Zigarrenhaus Walz).

Nur Ia. Qualitäts-Ware wie früher.

Preise außergewöhnlich billig!

Geschickter

**Korbflechter**

für regelmäßig wiederkehrende Arbeit wochenweise **dringend gesucht.**

**Sanatorium Schömberg G. m. b. H.,** in Schömberg OA. Neuenbürg.

Höfen a. E.

Habe einen neuen

**Einspänner-Kuhwagen**

zu verkaufen

**Chr. Wöhr.**

**Ab 27. ds. Mts.**

bis auf Weiteres gewähre ich

**10-20 Proz. Rabatt.**

Pforzheim: **J. Frank** Westl. 29 1. Etage.

Wäsche- und Aussteuer-Artikel.

**Wer verkaufen will, muß inserieren.**